

2 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13430

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14088

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14197

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14289

Ausschussprotokoll 17/1299 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 16.12.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation überwiesen.)

Fabian Schrumpf (CDU) bezeichnet die Landesbauordnung als in der Praxis angekommen. Die neu geschaffenen Freiheiten erleichterten Bauherren die Planung und Realisierung von Investitionsvorhaben insbesondere im Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Die unteren Bauaufsichtsbehörden nähmen die erweiterten Möglichkeiten für Ermessensentscheidungen zunehmend wahr. Nach über einem Jahr des Inkrafttretens und Änderungen an der Musterbauordnung müsse nun auch die Landesbauordnung angepasst werden. Zur Beschleunigung des 5G-Ausbaus würden deshalb die Anpassung der Höhe der Antennen in verfahrensfreien Maßnahmen, der Abstandsflächen und eine Vielzahl von Erleichterungen vorgesehen.

Zur Einsparung von CO₂-Gebäudeemissionen und zur Förderung des nachhaltigen Bauens bleibe eine nachträgliche Wärmedämmung auf Außenwänden zukünftig bis zu 30 cm abstandsrechtlich unbeachtlich. Daneben werde die nachträgliche Dachdämmung

ohne abstandsrechtliche Anforderungen geregelt. Die Pflicht zur Stellplatzüberdachung mit Photovoltaikanlagen oder einer solarthermischen Anlage beziehe sich ausdrücklich nicht auf Wohngebäude und werde zudem auf 35 Stellplätze angehoben. Noch bestehende Unklarheiten werde eine Rechtsverordnung ausräumen. Zudem erlaube man zukünftig genehmigungsfreie PV-Anlagen auf Kranstellflächen für Windenergieanlagen. Zur Gewinnung zusätzlichen Wohnraums schaffe man Erleichterungen beim Dachgeschossausbau und bei Dachgeschossaufbauten. Mit der Verfahrensfreiheit für größere Dachgauben stärke die Koalition insbesondere das Handwerk.

Der Gesetzentwurf sehe auf die Anregung der kommunalen Spitzenverbände hin nun nicht mehr die Aufzugspflicht bei Ein- und Zweifamilienhäusern mit mehr als drei oberirdischen Geschossen vor. Zudem enthalte die Begründung des Änderungsantrags die vielfältig geforderte Klarstellung, dass es zukünftig nicht weniger Barrierefreiheit geben solle. Die Sachverständigen hielten die Innovationsklausel für ein dringend benötigtes Mittel, um insbesondere die Innenstädte gegen die Folgen der Coronapandemie zu stärken, sodass sie zeitnah in Kraft treten müsse.

Johannes Remmel (GRÜNE) kritisiert, die Landesbauordnung müsse aufgrund der handwerklich schlechten Novellierung im Jahr 2018 nun schon wieder überarbeitet werden, deretwegen es nicht einmal eine Verwaltungsvorschrift habe geben können. Er sieht einen Widerspruch in der Definition des Baurechts als Ordnungsrecht auf der einen und dem Wunsch zu entfesseln auf der anderen Seite. Sodann geht er kurz auf den Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

Mit Blick auf die Änderungsanträge der Koalition verweist er auf die Hinweise der Anhörung, ob es nicht zu rechtlichen Widersprüchen führe, zumindest optional Dachflächen anstelle der Überdachung von Parkflächen zu bevorzugen, sowie die Nachjustierung bei der Innovationsklausel und bei den Verfahrenserleichterungen, um eine dritte Novellierung zu vermeiden.

Andreas Becker (SPD) kritisiert, die Landesbauordnung habe sich in der Praxis offensichtlich nicht bewährt, weise viele Mängel und Lücken auf, verfehle das Ziel der Bauvereinfachung und der Baukostenreduzierung und verhindere es, seit zwei Jahren dringend benötigte Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Dieses Gesetz wolle die Koalition nun entgegen der heftigen Kritik der Sachverständigen umfangreich ändern und verfehle damit die gemeinsam getragenen Ziele, denn es komme zu mehr Rechtsunsicherheit und längeren Zeiten beim Bauen, zu höheren Kosten und möglicherweise zu mehr Gefahren. Er appelliert an die Koalition, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und die Landesbauordnung grundlegend zu überarbeiten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/13430 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/14088 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/14197 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/14289 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.



NEUDRUCK

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

124. Sitzung (öffentlich)

25. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:13 Uhr bis 14:19 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

11

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, heute über Tagesordnungspunkt 2 abzustimmen.

1 Europäisches Bauhaus-Projekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdisziplinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte

12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11654

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14288

Schriftliche Anhörung des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3494
Stellungnahme 17/3497
Stellungnahme 17/3486
Stellungnahme 17/3499
Stellungnahme 17/3495
Stellungnahme 17/3472
Stellungnahme 17/3498
Stellungnahme 17/3496
Stellungnahme 17/3611

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

2 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018

14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13430

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14088

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14197

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14289

Ausschussprotokoll 17/1299 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/13430 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/14088 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/14197 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/14289 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Kommunale Wärmewende vorantreiben

17

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12753

Ausschussprotokoll 17/1415 (*Anhörung am 07.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13426

Ausschussprotokoll 17/1434 (*Anhörung am 31.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) 22

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13064

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Stellungnahme 17/3804

Stellungnahme 17/4021

Stellungnahme 17/4012

Stellungnahme 17/4032

Stellungnahme 17/4009

Stellungnahme 17/4011

Stellungnahme 17/4022

Stellungnahme 17/3966

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

6 Städte und Gemeinden in der Pandemie nicht im Regen stehen lassen – Kommunen schnell, planbar und verlässlich durch die Krise helfen **24**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13061

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3946
Stellungnahme 17/4001
Stellungnahme 17/4018
Stellungnahme 17/4025
Stellungnahme 17/4010
Stellungnahme 17/3947
Stellungnahme 17/4002

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Den Traum vom Eigenheim erfüllen. Das Einfamilienhaus hat Zukunft! **26**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12925

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13185

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3996
Stellungnahme 17/4016
Stellungnahme 17/3965
Stellungnahme 17/4007
Stellungnahme 17/4017
Stellungnahme 17/3999
Stellungnahme 17/3962
Stellungnahme 17/4019
Stellungnahme 17/3985

Stellungnahme 17/3987

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Teil „I. Ausgangslage“ des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem Teil „II. Beschlussfassung“ des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zu.

Sodann stimmt der Ausschuss dem gesamten Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

8 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über bautechnische Prüfungen (BauPrüfVO) 29

Unterrichtung des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/14296
Vorlage 17/5397

– Wortbeiträge

9 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über staatlich anerkannte Sachverständige nach der Landesbauordnung (SV-VO) 30

Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/14297
Vorlage 17/5398

– keine Wortbeiträge

10 Spekulationen und Fehlentwicklungen im Wohnungsbau verhindern 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13391

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/4076
Stellungnahme 17/4082
Stellungnahme 17/4086
Stellungnahme 17/4073
Stellungnahme 17/4080
Stellungnahme 17/4066
Stellungnahme 17/4091

– schriftliche Anhörung von Sachverständigen

– keine Wortbeiträge

11 Stadtentwicklung – Ökologisch, energieeffizient und nachhaltig. Mehr Natur beginnt vor der eigenen Haustür. Natur-basierte Lösungen fördern und vorantreiben. 32

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14067

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

12 Mehr Fachkräfte für die Planung des Infrastrukturausbaus gewinnen 33

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13774

– Wortbeiträge

13 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen 34

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14066

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

14 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 35

in Verbindung mit:

Kommunale Corona-Kosten und finanzielle Schäden der Corona-Pandemie (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

in Verbindung mit:

Corona und die andauernden finanziellen Folgen für die Kommunen in NRW (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5300

in Verbindung mit:

Kommunale Corona-Kosten und finanzielle Schäden der Corona-Pandemie (Nachbericht) (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5392

in Verbindung mit:

Corona-Rettungsschirm für unsere Kommunen in den Jahren 2021 bis 2024 (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*)

in Verbindung mit:

Luftfilteranlagen in Schulen in NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*)

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

15 Fachkräftemangel in NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5299

- keine Wortbeiträge

16 Gemeindefinanzbericht der Landesregierung (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5393

- Wortbeiträge

17 Schuldenberg der NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8]*) **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5375

- Wortbeiträge

18 Bagatellsteuern (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5394

- keine Wortbeiträge

19 Kommunalfinzen – Resolutionen aus den Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5395

– keine Wortbeiträge

20 Gewerbesteuerrückforderungen der RWE und die Auswirkungen auf die Haushalte der NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **48**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5374

– Wortbeiträge

21 Realsteuern der NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 12]*) **49**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5396

– keine Wortbeiträge

* * *